

SPREEUFR FÜR ALLE!

INITIATIVKREIS MEDIASPREE VERSENKEN! AG SPREEUFR



BILANZ DER VERHANDLUNGEN IM SONDERAUSSCHUSS
SPREERAUM VON OKTOBER 2008 BIS DEZEMBER 2009
HINTERGRÜNDE///VORSCHLÄGE///ERGEBNISSE



Liebes Berlin, rund vier Jahre Initiativenarbeit liegen hinter uns, zahlreiche Aktionen und Demonstrationen, ein Bürgerentscheid und die Verhandlungen mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und den Eigentümervertretern. Mehr als ein Jahr lang gab es den Sonderausschuss Spreeraum, über dessen Ergebnisse und unsere Initiativen wir hier informieren wollen. Es hat einige Veränderungen der Planungen gegeben, aber keine Richtungs-umkehr. Das schnelle Geld durch Grundstücksverkäufe bestimmt nach wie vor die Landespolitik. Deshalb lohnt es sich, das Thema weiter zu bearbeiten und der Betonfraktion aus Politik und Wirtschaft weiterhin in die Suppe zu spucken. Beteiligt euch an der Kampagne Mediaspree Versenken!



Weil es vielfältige Initiativen rund um Mediaspree gibt, hier eine organisatorische Erläuterung: Wir, die **AG Spreeufer** im Initiativkreis haben den Bürgerentscheid, viele Aktionen sowie die Verhandlungen im Sonderausschuss Spreeraum durchgeführt. Des Weiteren gibt es die **AG Spreepirat_innen**, die den Verhandlungsprozess eher kritisch sahen und z.B. die Proteste zur Eröffnung des O2-World organisiert haben. Das neue **Aktionsbündnis Mediaspree entern!** organisiert für den 5. Juni vielfältige Aktionen an der Spree: „Auf zu neuen Ufern!“. Seit einem Jahr existiert das **Megaspree-Bündnis** und veranstaltet auch dieses Jahr wieder die große Demo-Parade: Sternmarsch am 10. Juli 2010: „Rette deine Stadt!“

Die Hintergründe zum Bürgerentscheid und Sonderausschuss

Nach dem Fall der Mauer prognostizierten gewisse Kreise aus Politik und Wirtschaft ein künftiges Anwachsen der Berliner Bevölkerung auf 5 Millionen und einen Wirtschaftsboom als Ost-West Drehachse – damit verbunden einen drastischen Anstieg des Büroflächenbedarfs. Megaplanungen wurden aus dem Boden gestampft wie etwa der Potsdamer Platz oder der Hochhausplan Alexanderplatz (Bild unten). Auch Mediaspree entstammte diesem Denken. Der Boom blieb aus, die Planungen bestehen weiterhin.

Die „Renaissance der Innenstädte“ soll das große Versprechen nach Prosperität

einlösen. Einem weltweiten Trend zur Privatisierung und Kommerzialisierung des städtischen Raumes, dem Ausverkauf von kommunalen Grundstücken und Betrieben, von Boston über London, von Paris bis Hamburg, wurde nun auch in Berlin der meiste Raum gegeben. Als gewünschter Nebeneffekt für die anliegenden Grundstücke, Kieze und Stadtviertel wurde eine allgemeine und undifferenzierte Aufwertung erhofft.

Senat und Bezirk suchten auch für unseren Stadtteil „Partner“ in der Wirtschaft, der exklusive Mediaspree e.V. trat auf den Plan und erhielt öffentliche Gelder

und umfangreiche Befugnisse. Ziel der Mediaspree-Pläne war es, an der Spree exklusive Industriezweige anzulocken und landeseigene Grundstücke zu Geld zu machen. Vor allem Bürohäuser sollten gebaut werden, trotz eines eklatanten Büroflächenleerstands in Berlin (mittlerweile 1,67 Mio m², Stand: 2009). Dazu Wohnungen, die in der Logik des Marktes nur für Besserverdienende bezahlbar sein würden und die Stadtautobahn A100, damit die neue Umgebung auch gut mit dem Auto erreichbar sei. Wir wollen die Stadtzerstörung aufhalten und Betonpolitik delegitimieren.

Mediaspree – Bauleitbilder einer vergangenen Epoche?

Obwohl das neoliberale Credo von Sparen, Privatisieren und dem Allheilmittel „Freie Marktwirtschaft“ offensichtlich gescheitert ist und sich mittlerweile unter kritischen und aufmerksamen Zeitgenossen eine bewusste Sicht auf unsere Welt durchsetzt, die von ökologischer, sozialer und kultureller Nachhaltigkeit sowie gleichberechtigter Teilhabe geprägt ist, enttäuscht die Berliner Senatsebene weiterhin mit althergebrachten Modellen der Stadtentwicklungspolitik.

Von internationalen Investoren sollen Funktionsbauten in die Landschaft gesetzt werden, die sich vor allem der Verwertungslogik von überregional agierenden Konzernen anpassen. Die möchten bei Bedarf genauso schnell gehen, wie die lokale Förderung ausgelaufen ist. Flexibilität ist das Credo, Langfristigkeit und Ästhetik können so kein Thema sein, genauso wenig ein lokaler Bezug. Während sich Anwohner und viele Interessierte noch wundern über die seltsam rückwärts gewandten Planungen, die zwar Kreativbranche versprechen aber doch nur Monotonie bringen, werden die letzten zusammenhängenden Mauerstreifen wahllos durchbrochen und das letzte Lokalkolorit platt- und glattgemacht, um kurzfristigem Kommerz Platz zu schaffen. Friedrichshain ist mit nur 1,09 m²/EW



wohnungsnaher Grünfläche (bei einem Richtwert von 6 m²/EW) der Innenstadtbezirk mit den wenigsten Grünflächen in Berlin. In Kreuzberg sind es ebenfalls nur 3,04 m²/EW. Schon jetzt ist Berlin eine der Städte Europas, die in den heißen Sommernächten am wenigsten abkühlt, das gesamtstädtische Klimagefüge läuft immer mehr aus dem Ruder. Andere Städte, wie z.B. Frankfurt/Main oder Wien

bauen ihre Ufer „grün“ um, der Berliner Senat setzt stattdessen auf Beton. Außerdem benötigt Friedrichshain einen freien Grundwasserabfluss in die Spree. Durch die geplanten Tiefgaragen ist das nicht mehr gesichert, Altbauten drohen „abzusaufen“. Sollen zukünftige Generationen ehemals kommunale Grundstücke teuer von Privaten zurückkaufen um diese Fehlentwicklungen rückgängig zu machen?



Quelle: Mediaspree e. V.

Wir fordern ein grundsätzliches Umsteuern der Senatspolitik, Freiflächen in der Stadt nicht nur als potentielles Bauland zu sehen.

Loose Versprechungen

Von den Beteiligten wird die Öffentlichkeit mit „durchgängigen Spreeufnern“ sowie der utopischen Menge von 40.000 neuen Arbeitsplätzen geködert. Das Totschlagargument „Hier könnten X Arbeitsplätze entstehen“ wird zur Legitimierungsformel für alles, ungeachtet der Verhältnisse vor Ort. Es gibt aber mittlerweile sechs Großprojekte dieser Art in der Stadt, welche aus Mangel an Nachfrage entweder nicht ausgelastet sind (Potsdamer Platz) oder erst gar nicht realisiert werden. Die Zahl von 40.000 Arbeitsplätzen wurde in der Zwischenzeit selbst vom Mediaspree e.V. auf eine möglicherweise realistischere Zahl von nur noch 5.000 herab gestuft. Aber was für Arbeitsplätze sind das? Mit Schwarzarbeit und Löhnen weit unter Tarif hat Mediaspree begonnen, wie bei Razzien auf den Großbaustellen festgestellt wurde.

Beispiel Quelle-Callcenter: Der Senat finanziert den Umzug von Quelle nach Kreuzberg mit 1,3 Mio. Euro Fördergeldern. Zum Dank setzt das Unternehmen seine Mitarbeiter in Leipzig, Chemnitz und Essen auf die Straße. Dazu ein Stundenlohn von 6 Euro (gegenüber 11,30 Euro in Westdeutschland), aufgestockt mit Hartz IV. Der

Senat hat nach fast einem Jahrzehnt daraus gelernt und will in Zukunft seine Wirtschaftsförderung an ein Existenzsicherndes Gehalt koppeln.

Beispiel MTV: Das Unternehmen bringt seine Mitarbeiter größtenteils aus Hamburg mit. Leider gingen unterwegs auf dem Umzug fast 50% der Arbeitsplätze verloren. Dafür wird die Gebäudereinigung und -sicherung günstig von lokalen Arbeitskräften durchgeführt.

Beispiel O2-World: Für Catering, Küche und Kartenverkauf wurde Personal gesucht. Macht bei insgesamt 1.150 Jobs ca. 150 (!) reguläre Arbeitsverhältnisse. Ansonsten: Flexibel und auf Stundenbasis jobben mit ausreichender Belastbarkeit, Stressresistenz und Motivation für Hungerlöhne. Zwischenstand: Die schlechte Auslastung der Halle führte bereits zu massivem Arbeitsplatzabbau. In mehreren Wellen wurden die in Kooperation mit dem JobCenter Eingestellten wieder entlassen, der Rest ackert in einem fürchterlichen Betriebsklima. Die Halle lässt sich nur noch mit enormen Freikartentkontingenten füllen und ist schwer defizitär.

Diese Liste der Missstände ließe sich weiter fortsetzen, z.B. mit den Büroleerständen im Allianzhochhaus oder der sog. „Oberbaum-City“. Trotz Subventionen in Millionenhöhe gibt es nach wie vor keine lohnenden Erfolge. Das veräußerte Vermögen hätte in Verbindung mit dem Ideenreichtum im Bezirk sicher bessere Ergebnisse erzielt.

Die Mietspirale

Erfahrungen aus anderen Stadtgebieten, wie etwa den Altbezirken Mitte oder Prenzlauer Berg, wo fast ein kompletter Bevölkerungsaustausch seit den 90er Jahren stattgefunden hat, finden keine Berücksichtigung. Selbst die senats- und bezirkseigenen Studien, die vor einer Verdrängung der ärmeren Bevölkerung warnen, werden sträflich missachtet. Die taz fasst es so zusammen (21.11.2009): „Falls die Hauptstadt nämlich nicht mehr arm und sexy ist, sondern ein bisschen vom Aufschwung abkriegt, so die Aussage eines Senatsgutachtens, sei eine Entwicklung wie in Paris nicht auszuschließen: Die Innenstadt den Reichen, der Unterschicht die Vorstädte.“

Eine ungebremste, kommerzielle Aufwertung wird betrieben. Luxus-Sanierung und neue Hochpreis-Appartements treiben den Mietspiegel weiter hoch. Folge ist, dass die ansässige Bevölkerung aus den Kiezen verdrängt wird, weil das eigene Einkommen nicht mehr ausreicht oder das Arbeitsamt dank Gesetz die gestiegenen Mieten nicht mehr übernehmen will.

Aber anstatt die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft oder diejenigen, welche sich mit wenigen finanziellen Mitteln aber dafür mit viel Herz und Kreativität für ihre Kieze einsetzen zu schützen, wird auf die angeblichen Mietbegrenzungen in den Großsiedlungen verwiesen und darauf, dass „niemand ins Randgebiet verdrängt werde“ (Senatorin Junge-Reyer im Tagespiegel am 13.07.2009).

Mit lokalem Quartiersmanagement wird versucht, Kieze zu stabilisieren, während die Aufwertungswelle gleichzeitig ungehindert weiterrollt. So wird soziale Stadtentwicklung zur leeren Behauptung. Der „entspannte Wohnungsmarkt“ existiert nur in der Vorstellung der Senatoren, in den Kiezen herrscht Wild-West-Stimmung in der Gier um die höchsten Renditen. Der Mietsektor muss dringend wieder stärker reguliert werden. Stoppt die Veradelung (Gentrifizierung)!

Bessere Ideen

Mediaspree e.V. warb mit Arbeitsplätzen der Kreativbranche, denn für Investoren wirkt das Ambiente von Kunst und Kultur wertsteigernd. Aber nicht das einseitige Werben um Prestigeobjekte, sondern eine kleinteilige Entwicklung bietet nachhaltige Entwicklungschancen.

Die Zwischennutzungen, soziokulturelle Projekte, Wagenburgen, Strandbars und die Clubszene haben es vorgemacht.

Die Spreeufer sind auch vielfältig und kleinteilig nutzbar. Auf kurz oder lang sollen sie ihren Standort aufgeben, wenn sie ihren Dienst als Attraktoren für Investitionen getan haben. Projekte wie das YAAM, der Schwarze Kanal und viele andere leisten schon lange soziale Dienste für Anwohner und Bezirk - und das ohne jegliche öffentliche Unterstützung. Sie haben den Zugang zum Wasser geöffnet und Friedrichshain - Kreuzberg mehr zusammengebracht, als Investorenplanungen das je gekonnt hätten. Unser Bezirk hat in der Vergangenheit seine eigene Identität erfunden, die an vielen Stellen aus einer selbstorganisierten Haltung und dem Mut der Kreativität seiner Bewohner entstanden ist. Ein Flair, das weit über die Bezirksgrenzen ausstrahlt und der ganzen Stadt zu Gute kommt. Das soll alles verschwinden.

Der Berliner Senat verschenkt die einmalige Gelegenheit an der Spree eine zukunftsorientierte Stadtplanung zu betreiben, deren Richtlinien sich nicht an

internationalen Wirtschaftsakteuren oder dem Mietniveau in München orientiert. Eine Stadtentwicklung, die auf lokale Stärken setzt, wird bei Berücksichtigung bestehender Strukturen langfristig erfolgreich wirken und ausstrahlen.

Statt dessen sinnlose Polemik: Senatorin Junge-Reyer behauptete auf dem Stadtforum am 7. Januar 2010, der Senat sei für „Spreeufer für alle“, die Bürgerbewegung halte jedoch an Mauern und Stacheldraht privater Zwischenutzer fest. Ähnlich inakzeptabel sind die Äußerungen von Klaus Wowereit im Tagesspiegel-Interview vom 13. Dezember 2009, der die Diskussion um die Spreeufer mit dem Anzünden von Autos in Verbindung bringt. Und obwohl wir für jedes Grundstück ein alternatives Konzept erarbeitet haben, wird gerne behauptet, wir wollten nichts als Brachen erhalten.

Wir wollen eine demokrati-

sche Diskussion über eine alternative Entwicklung. Die Öffentlichkeit darf nicht weiter mit vollendeten Tatsachen und Sachzwängen überrumpelt und der Bezirk von Investoren und Senat in die falsche Richtung gedrängt werden. Nach unseren ersten Erfolgen werden wir bessere Ideen weiter unterstützen und Bürgerbeteiligung praktizieren, um die bau- und sozialpolitischen Forderungen des Bürgerentscheids durchzusetzen.



Der Bürgerentscheid „Spreeufer für alle!“

Um den unsozialen und nichtökologischen stadtplanerischen Missständen ein Gegengewicht entgegen zu stellen, haben wir im Oktober 2007 das Bürgerbegehren „Spreeufer für alle!“ gestartet: 16.500 Unterschriften konnten wir in fünf statt der zur Verfügung stehenden sechs Monaten beim Bezirk einreichen. Berliner Rekord! Nach einigen Verhandlungsrunden wurde amtlich, dass es kein Entgegenkommen des Bezirks gibt und der Entscheid notwendig ist. Nach einer kurzen Periode des „Wahlkampfes“ mit Aktionen wie z.B. der legendären Spreeblockade „Investorenbejubeln“ oder der Demo-Parade am Wahlvortag stimmten am 13. Juli 2008 fast 30.000 Menschen (87%) für unsere Vorschläge zur Rettung der

Spreeufer (A). Das waren fast so viele, wie für die Partei des Bezirksbürgermeisters Franz Schulz in der letzten Wahl gestimmt hatten.

Der zur Abstimmung gestellte bezirkseigene Vorschlag (B) fand nur geringe Unterstützung. Dieser beschränkte sich auf die ohnehin geplante Uferpromenade, Spreefenster (Durchgänge an die Spree) und den Verzicht auf Hochhäuser in Kreuzberg und im Osthafen. Veränderungen sollte es nur geben, wenn sie nichts kosten. Ein Richtungswechsel war dieser Vorschlag nicht und auf der Kreuzberger Seite waren ohnehin keine Hochhäuser geplant.

Der Bürgerentscheid ist eingebettet in eine Kampagne, die nach der Gründung des Initiativkreises 2006 begann. Er sollte

den „Druck der Straße“ unterstützen und eine langfristige Wirkung auf die Spreeuferplanungen ausüben. Alle folgenden Proteste können sich auf den amtlich festgestellten Bürgerwillen berufen.

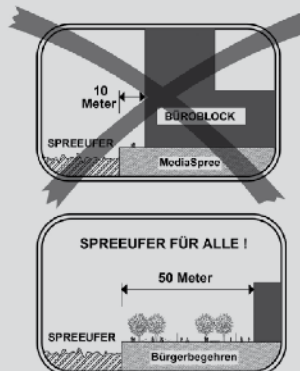
Mit den Wahlbenachrichtigungen wurden die rund 180.000 Wahlberechtigten per Postsendung über die Spreeuferentwicklung informiert. Die Medien sahen auf Grund des amtlichen Vorgangs eine gewisse Informationspflicht und haben das Thema breit ins öffentliche Bewusstsein transportiert. Durch unsere vielfältigen Aktionen wollten wir einem Übergewicht an „Amtlichkeit“ entgegensteuern, dem Prozess einen Kampagnencharakter verleihen und vielen die Möglichkeit zur Teilnahme geben. Es gab eine sehr große Unterstützung in den Stadtteilen.

BÜRGERinnenBEGEHREN Spreeufer für alle !

Stimmen Sie für das Ersuchen an das Bezirksamt,

- im Rahmen der Bebauungsplanung zu regeln, dass
 - Neubauten nicht näher als 50 Meter an die Spreeseite im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg heranreichen (von Michael- bis Eisenbrücke einschließlich Lohmühleninsel) und
 - keine neuen Hochhäuser zwischen Stadtbahn und Köpenicker/Schlesische Straße gebaut werden können
- darauf hinzuwirken, dass
 - im Bezirk statt einer Straßenbrücke nur ein Rad/Fußgängersteg über die Spree gebaut wird

Unterschriftenliste Nr.



Initiativkreis
Mediaspree Versenken!
AG Spreeufer
Bethanien - Südflügel
Mariannenplatz 2 - 10997 Berlin
www.ms-versenken.org
agspree@gmx.de

Vertrauenspersonen:
Carsten Joost
Dr. Werner Reh
Andreas Barnickel

Grundl. § 45 Abs. 1 und 2 BezirksverwaltungsgeSetz. Berlin wird im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Bürgerbegehren durchgeführt.

Sollte eine der Forderungen rechtlich unzulässig sein, bleibt Ihre Zustimmung für die dann verbleibenden zulässigen Forderungen bestehen.

Um unterschreiben zu können, müssen Sie wahlberechtigt sein für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Bitte deutlich schreiben – nur lesbare Eintragungen werden gezählt! Begründung/Kostenschätzung auf der Rückseite!

I.f.d. Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Straße und Hausnummer	PLZ	Datum	Unterschrift	Bemerkung Bezirksamt
1							

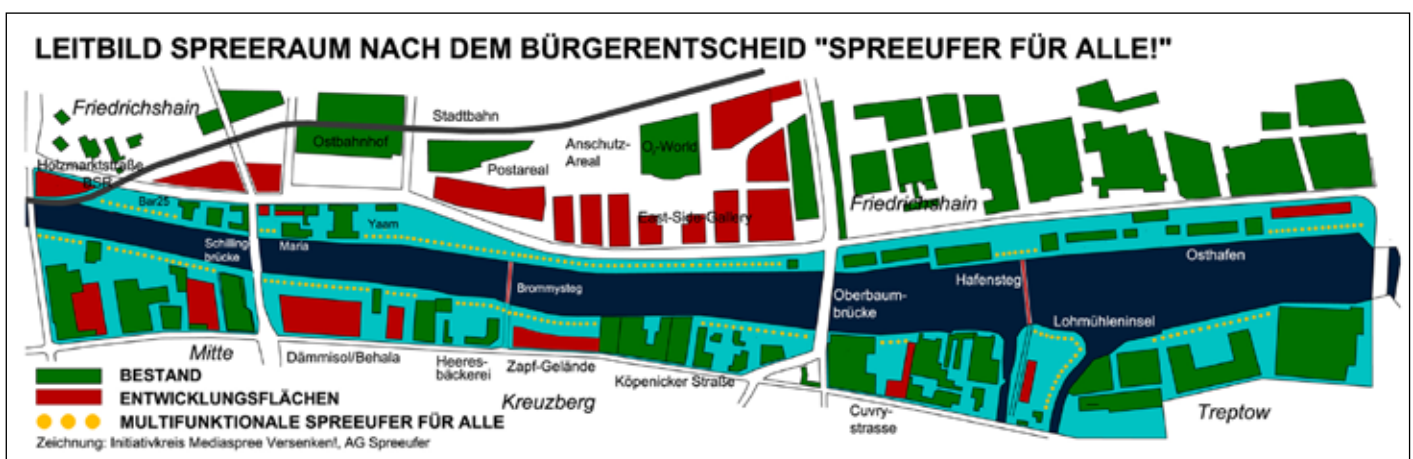
Der Wortlaut der Begründung zum Bürgerentscheid

Unter dem Label „Mediaspree“ ist beabsichtigt, die Spreeufer mit Baublocks bis 10 Meter an die Ufer zu bebauen. Entstehen sollen elf neue Hochhäuser, teure Hotels, Lofts und Büros mit privatisiertem Spreeblick. Für die öffentliche Nutzung sind nur sogenannte „Spreefenster“ oder „Pocketparks“ geplant – kleine Grünflächen, die zwischen den Baublocks zum Spreeufer führen. Am Spreeufer selbst verbleibt der Öffentlichkeit lediglich ein „Uferwanderweg“. Mit diesem Vorhaben wird die historische Chance vertan, Flussuferzonen als wichtige Naherholungsräume zu entwickeln. Denn Berlin verfügt im Vergleich zu anderen Städten über einen geringen Freiflächenanteil an den Flussufern. Für die Ansiedlung von Unternehmen stehen im Bezirk genügend andere Flächen zur Verfügung.

- Ein Mindestabstand für Neubauten zu den Spreeufern von 50 Metern ist ein adäquates Maß für eine öffentliche Nutzung der Flussufer mit Grün- und Kulturlflächen. Bestehende Gebäude sollen in ein Freiflächenkonzept integriert und durch Pavillons mit öffentlichen Nutzungen ergänzt werden können. Die verbleibenden Neubaufächen müssen so parzelliert werden, dass sich viele Nutzer/innen engagieren können und nicht nur wenige Großinvestoren. Vorschläge dazu sollen Ideenwerkstätten erarbeiten. Besondere Beachtung soll die kleingewerbliche Nutzung sowie die Nutzung für alternative/nichtkommerzielle kulturelle Aktivitäten erhalten. Und auch die Privatisierung öffentlicher Liegenschaften muss aufhören!

- Die bestehenden Bebauungspläne sollen auch bezüglich ihrer Baumassen neu diskutiert werden. Die Hochhausplanungen (über einer Traufhöhe von 22 Metern) müssen aufgegeben werden. Die künstliche Initiierung einer „Boomtown“ passt nicht in den Bezirk und ist auch aus umwelt- und sozialpolitischen Gründen abzulehnen.

- Die Brommybrücke wird als Steg gebaut. Aber nur 200 Meter weiter ist jetzt eine zusätzliche Straßenbrücke (nur für Bus/Tram) auf Höhe der Manteuffelstraße geplant. Es liegt nahe, dass sie später für den Autoverkehr geöffnet und diesen in den Wohngebieten drastisch erhöhen würde. Zudem zerteilt die Brücke die möglichen Grünflächen an den Spreeufern. Aus diesen Gründen soll auf die geplante zusätzliche Brücke verzichtet werden. Der öffentliche Nahverkehr kann über die bestehenden Brücken weiterentwickelt werden. Unsere Ideenwerkstatt Osthafen am 30. März 2008 ergab den Vorschlag eines weiteren Fußgängersteiges zwischen Lohmühleninsel und Osthafen. (...)



Mit den strukturellen Parametern der drei Hauptforderungen haben wir ein neues Leitbild und im Subtext der offiziellen Begründung (oben) die stadtpolitischen Hintergründe zur Abstimmung gestellt, z.B. den Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Es ist offensichtlich, dass man die Forderungen des Bürgerentscheids in einen

größeren Zusammenhang sehen muss. Eine von und für Großinvestoren geschaffene Boomtown am Spreeufer, welche sich weder an den Bedürfnissen im Bezirk noch an dem orientiert, was das Spreeufer für seine Anwohner und Nutzer attraktiv macht, wird abgelehnt.

Gefordert wird deshalb eine ökologische und sozial nachhaltige, kleinteilige

Entwicklung, welche schrittweise mit den Anwohnern diskutiert und formuliert werden soll. Der Bürgerentscheid und die Kampagne haben dem Thema zu großer Aufmerksamkeit verholfen. Auch die allgemeine Diskussion über ungezügelter Marktverhältnisse im Bereich von Grundrechten wie z.B. dem Wohnen, hat Auftrieb bekommen.

Der Sonderausschuss

Trotz seines überwältigenden Ergebnisses gilt der Bürgerentscheid nur als BVV-Beschluss und ist rechtlich nicht bindend. Als Reaktion auf den demokratisch ermittelten Bürgerwillen wurde 2008 auf Bezirksebene der Sonderausschuss Spreerraum eingerichtet. Bezirkspolitiker aller Fraktionen (3 Grüne, 2 Linke, 2 SPD, 1 FDP, 1 CDU) sowie vier Bürgerdeputierte unserer Initiative sollten die Umsetzung des Bürgerentscheids im Detail erörtern. Dazu wurden Senatsvertreter, Grundstücksbesitzer und Nutzer eingeladen.

Von Oktober 2008 bis Dezember 2009 bearbeitete der Sonderausschuss Spreerraum die Perspektiven für eine Umsetzung des Bürgerentscheids. Meist tagte er auf unseren Wunsch in den Kultureinrichtungen an der Spree, um den öffentlichen Charakter zu unterstreichen. Wir

stellten Anträge und ließen Alternativen prüfen, führten (viel zu selten) Grundsatzdiskussionen, visualisierten und präsentierten Ergebnisse von Ideenwerkstätten, kommentierten oder verhinderten manch unbedachten Antrag der verschiedenen Fraktionen.

Nach mehr als einem Jahr hatte der Sonderausschuss nur Teilergebnisse im Sinne des Bürgerentscheids erbracht. Trotzdem wurde durch den Bezirksbürgermeister Schulz (Grüne) ein Abschlussbericht zur Kenntnisnahme im Sonderausschuss eingereicht. Diesem vorgezogenen Ergebnis konnten wir als Bürgerdeputierte aus Verantwortung gegenüber dem Bürgerentscheid

nicht zustimmen und haben den Sonderausschuss verlassen. Dieser wurde daraufhin aufgelöst und fortan behandelt der Ausschuss für Stadtplanung das Spreeuferthema weiter. Sämtliche abschließenden Beschlussfassungen sind durch unseren Ausstieg bewusst ohne unsere Beteiligung erfolgt. Das ist somit nicht das Ende der Diskussion.



Unsere Vorschläge und die Ergebnisse

Zu jedem betreffenden Grundstück hatten wir ein konkretes Veränderungskonzept zur Diskussion gestellt und Ideen für seine Umsetzung eingebracht. Ziel war es, beispielhaft Alternativen aufzuzeigen und dadurch den festgefahrenen Prozess der Spreeuferentwicklung wieder in Bewegung zu bringen.

Osthafen (Behala)

Stand: B-Plan Aufstellungsbeschluss 2-10 in 2005, öffentliche Auslegung nicht erfolgt, die Umsetzung schreitet dennoch voran (Nhow-Hotel, Labels II), Bauvorbescheide wurden auf Basis von § 34 BauGB und auf Grundlage des B-Plan-Aufstellungsbeschlusses an die Behala erteilt, welche die Grundstücke inkl-

sive Baurecht meistbietend veräußert.

- die Freiflächen des Osthafens sollen mit einer Kette von Baukörpern bebaut werden
- Uferweg von zehn Metern Breite
- auf der Rückseite der Gebäude großflächig Parkplätze

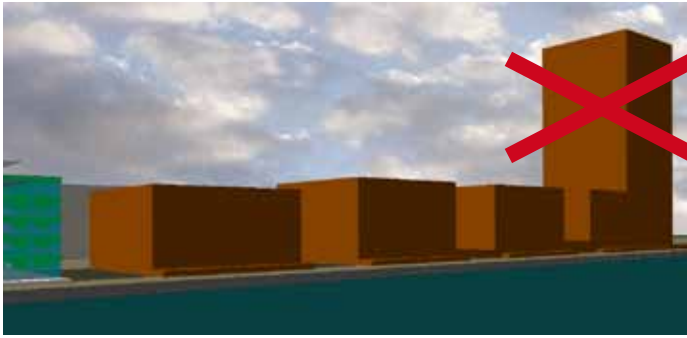


Der B-Plan 2-10 geht weit über die Vorgaben des Planwerks Innenstadt und des gemeinsamen Leitbildes von Bezirk und Senat für den Osthafen hinaus. Statt drei Baufeldern (Leitbild Spreerraum) sieht der Bebauungsplan neun vor. So wird die historische Hafensfläche komplett verbaut. Forciert wurde die Verdichtung vom damaligen

Senatsbaudirektor Hans Stimmann, der mittlerweile aber selbst Abstand von diesen Planungen genommen hat.

Die Behala als landeseigener Betrieb hat sich in ihrem Handeln vom Bürgerentscheid in keiner Weise stören lassen und kurz vor dem Beginn der Sperrwirkung des Bürgerbegehrens für die meisten Grundstücksparzellen Bauvorbescheide

beantragt. Das Beschleunigungsgesetz des Senats zwingt die Bezirke zur kurzfristigen Erteilung von Baugesuchen. Dennoch wäre eine andere Entwicklung am Osthafen möglich gewesen. Der Senat hat die Behala zur maximalen Verwertung der Hafensflächen angewiesen. Diese Weisung hätte er jederzeit zurücknehmen können und könnte dies immer noch tun.



Die zulässigen Gebäudeabmessungen zwischen Labels II und Eisenbrücke (B-Plan 2-10)



Ergebnis unserer Ideenwerkstätten; die Farbgebung der Gebäudeteile steht für deren Individualität

Osthafen östlicher Platzbereich

Durch den Bürgerentscheid konnte das Hochhaus mittlerweile wegverhandelt werden, das Gebäude wird nun 24 Meter hoch. Zum Osthafen veranstalteten wir zwei Ideenwerkstätten, deren Ergebnisse Inhalt unseres Antrags waren. Stichworte: Ende des Medienhafens, Öffnung zum Rudolfkiez, multifunktionaler Stadtplatz mit Pavillons am Wasser, Wohn- und Geschäftshäuser entlang der Stralauer Allee als soziales Modellprojekt einer Wohnungsbaugesellschaft, z.B. der Degewo.

Die BVV hat beschlossen, dass auf

dieser Grundlage eine Prüfung erfolgt. Staatssekretärin Frau Nehring-Venus, die am 29.10.08 für den Wirtschaftsssenat zu Gast im Sonderausschuss in der Bar25 war, erklärte dort, man wünsche sich konkrete Änderungswünsche vom Bezirk, dann könne man über alles reden. Das Bezirksamt hat seine Bemühungen jedoch auf das Hochhaus beschränkt und der Wirtschaftsssenat bekam somit nie die erwarteten förmlichen Änderungswünsche zur weitreichenderen Reduzierung der Baumassen. Wegen der Bauvorbescheide sollten die Grundstücke bis auf

das Hochhaus angeblich nicht verhandelbar sein. Bauvorbescheide, die der Bezirk quasi dem Land Berlin erteilt, sehen wir als revidierbar an. Der Senat blockierte jedoch sämtliche Alternativen.

Das Bezirksamt hat erklärt, den B-Plan nun so weiterführen zu wollen. Das sehen wir als Missachtung des Bürgerwillens. Zum exklusiven Modezentrum Labels II soll noch ein Drittes dazu kommen. Auch dem Nhow-Hotel, das die Baugenehmigung kurz vor dem Inkrafttreten des Bürgerbegehrens erhielt, sollen noch weitere Blocks folgen.

Unser Antrag zum Osthafen östlicher Bereich

Das Bezirksamt wird beauftragt zu prüfen, die Bauleitplanung des aufgestellten Bebauungsplans 2-10 dahingehend zu ändern, dass

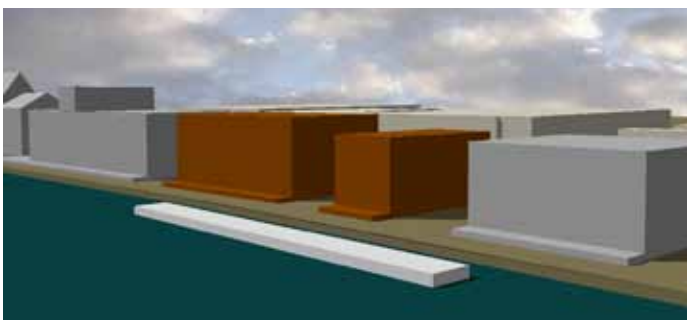
1. die Geschossbauten einen Mindestabstand von 50 Metern zu den Spreeufern haben
2. die Gebäude ab dem 2. Obergeschoss für Wohnzwecke genutzt werden
3. die Traufhöhe von maximal 22 Meter eingehalten wird
4. die Uferfreifläche einen hohen Grünanteil sowie einen Spielplatz und Strandbereich erhält
5. an der Uferpromenade Pavillons mit öffentlichen Nutzungen entstehen können
6. die Hafestraße hinter Labels II endet
7. statt der Hafenumauer Bäume, Parkplätze, der Radweg und andere Grüngestaltungen den Gebäuden straßenseitig vorgelagert werden

Westlicher Platzbereich, Osthafensteg

Für die westliche Freifläche zwischen Nhow-Hotel und MTV haben wir eine Kombination aus Platzbereich, dem geplanten Ponton Spree 2011 und einem aus unseren Ideenwerkstätten hervorgegangenen Hafensterg vorgeschlagen (Bild rechts). Die zwei disponiblen

Grundstücke bezeichnete der Bezirksbürgermeister als an Hochtief verkauft, was sich ein Jahr später als unwahr herausstellte (nur eines war verkauft). Die Planung der Blocks geht weiter (Bild links). Der Rad- und Fußgängersteg, der eine Lücke von 1,3 Kilometern zwischen

Elsen- und Oberbaumbrücke schließen und von der Lohmühleninsel eine direkte Verbindung über die Modersohnbrücke zum Boxhagener Platz schaffen sollte, wurde vom Senat als nicht förderfähig eingestuft, weil kein Autoverkehr darüber geht. Sehr klimagerecht!



Ponton „Spree 2010“, Baublocks nach Bebauungsplan 2-10; unser Vorschlag aus den Ideenwerkstätten (Hafensterg, Freifläche...)

Fazit: Die Entwicklung des Osthafens widerspricht dem Bürgerentscheid: Mit leeren Versprechungen und Fehlinformationen unter Ausnutzung der Kollegialität der Initiative wurden im Sonderausschuss mögliche weitreichende Änderungen aktiv verhindert.

Sogar der Eigentümer „Labels Berlin“ war zur Anpassung der Lage seines geplanten Bauvorhabens Labels II an den Bürgerentscheid bereit. Einer Verschiebung des Baukörpers um weitere zehn Meter von der Uferkante sowie der Übernahme der damit verbundenen Kosten stimmte er zu - wenn der Bezirk dies in einem Eilverfahren bewältigt. Dazu war der Bezirk nicht bereit und so wurde Labels II da gebaut, wo es heute steht.

Der „Medienhafen“ bekommt durch

eine durchgängige Ummauerung sowie eine überdimensionierte Parkplatzbarriere zur Stralauer Allee hin einen zunehmend festungsähnlichen Charakter. Das nördlich angrenzende Wohngebiet – der Rudolfskiez – profitiert so kaum von der Entwicklung vor der eigenen Haustür und bekommt stattdessen die Aussicht aufs Wasser zugebaut. Statt eine öffentliche Erschließung und damit das Entstehen eines lebendigen Quartiers zu fördern, wird auf Barrieren, autogerechte Entwicklung sowie Exklusivität gesetzt. Hier wäre eindeutig mehr möglich gewesen. Weiterhin wird die Bedeutung des §34 BauGB deutlich, nach welchem auch ohne öffentlich ausgelegten und festgesetzten B-Plan gebaut werden kann. Einzig möglicher Ablehnungsgrund ist, dass sich das ge-

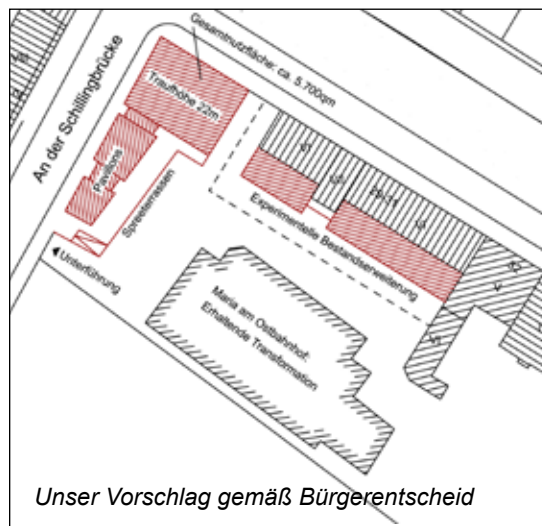
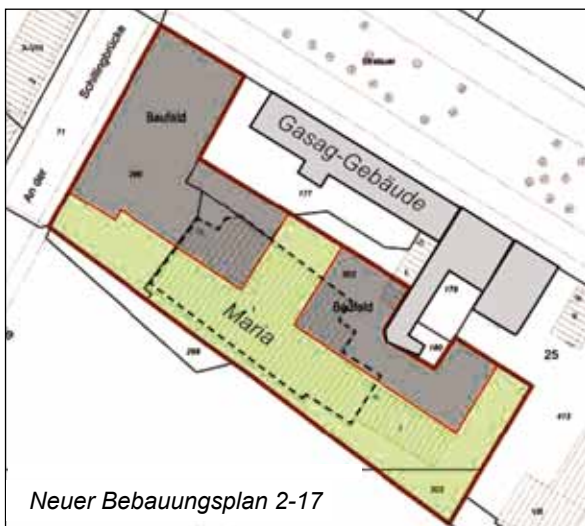
plante Gebäude nicht in seine Umgebung „einfügt“. Wie weit diese Definition dehnbar und interpretierbar ist, zeigen das Nhow-Hotel und Labels II. Alle Neubauten im Osthafen wurden nur nach §34 BauGB beschieden.

Wir wollen, dass der Bebauungsplanentwurf endlich öffentlich ausgelegt wird, um die weitere Entwicklung ohne jegliche öffentliche Beteiligung zu stoppen! Der Bezirk rühmt sich, außergewöhnliche Bürgerbeteiligung zu betreiben, aber hier werden nicht einmal minimale Standards eingehalten. An den Einwendungen wird sich die Qualität des geplanten Stadtbildes messen lassen müssen.

Wir fordern einen Planungs- und Verkaufsstopp bis zur Planauslage und Auswertung der Einwendungen!

An der Schillingbrücke / Stralauer Platz 29-34 (Maria am Ostbahnhof)

Stand: B-Plan 2-17 (Aufstellung 2009), im Besitz des Landes Berlin (in Verwaltung des Liegenschaftsfonds), Zwischennutzer „Maria am Ostbahnhof“. Ein Bieterverfahren, basierend auf dem Bebauungsplanentwurf, ist am 31.03.2010 ausgelaufen, es gibt mehrere Bieter.



die Öffentlichkeit ist der Verlust der Gestaltungsmöglichkeiten an dieser Stelle des Spreeufers von Bedeutung und es verschwindet eine wichtige Adresse der Berliner Kulturszene, das Maria. Zudem ist der durch Entzugsdrohung erzwungene Bebauungsplan alles andere als demokratisch.

Nachdem der Bezirk im Vorfeld des Bürgerentscheids in einem (provisorischen) Aufstellungsbeschluss das gesamte Grundstück zur Grünfläche erklärt hatte, wies der Senat unter Androhung des Entzugs per Ultimatum die Umsetzung der Ziele des Planwerks Innenstadt an. Weil das Grundstück möglichst teuer verkauft werden soll, müsse die höchste bauliche Ausnutzung gewährleistet sein. Zudem sollen Investoreninteressen gewahrt bleiben. Offensichtlich geht es vor allem um den Schutz von Buchwerten und potentiellen Verkaufserlösen und nicht um die Interessen der eigenen Bürger.

Der Liegenschaftsfonds fertigte einen Kompromiss-Entwurf mit Baublöcken in einem Uferabstand von 20 statt 10 Metern an. Der Bezirk reduzierte auf 12 Meter

an der Schillingbrücke (Symmetrie zum Ibis-Hotel) und eine Aufweitung auf 24 Meter am Energieforum. Ein Schildbürgerstreich: Statt offener Spreeufer entstehen Hinterhöfe und der auf der Abbildung rechts liegende Block dockt mit seiner Rückseite an den Bestandsbau an – das Licht muss „mit Eimern“ herein getragen werden. Zudem ist nun der Bau eines Hochhauses an der Schillingbrücke vorgesehen.

Vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids, der sich klar gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums, Hochhausbau und eine Bebauung dicht an der Spree ausgesprochen hat, sehen wir hier einen groben Verstoß gegen den Bürgerwillen. Der Verkauf des relativ kleinen Grundstücks (8.500qm) wird kaum zur Sanierung des Landeshaushalts beitragen. Für

teiligung und ohne Wettbewerb wurden hier Fakten geschaffen und anschließend wird schnell verkauft. Typisch Berliner Bau- und Planungskultur? Eine alternative Entwicklung auf dem dafür am besten geeigneten Grundstück (da in direktem öffentlichen Besitz) ist am Widerstand der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wegen kurzfristiger geldorientierter Ziele gescheitert.

Unser Vorschlag im Sonderausschuss: Grenzbereinigung durch Grundstückstausch, Sanierung und experimentelle Erweiterung des Gasag-Gebäudes zur Schauspielschule, Punkthaus an der Kreuzung Mühlenstraße (Bruttogeschossfläche ca. 5.700 m²), Pavillons mit Spreeterrassen an der Schillingbrücke, Transformation der Maria zum Kulturpavillon an der Spree (evtl. Verkleinerung und Öff-

nung zur Spree), Unterführung der Schillingbrücke im Uferbereich.

Es war einmal geplant, die Schauspielerschule „Ernst-Busch“ an diesen Teil des Spreeufers anzusiedeln. Unser Vorschlag

beinhaltete, diese im erweiterten Gasag-Gebäude unterzubringen. Die Schauspielerschule hätte dann eine Kooperation mit dem Maria eingehen können. Grundsätzlich war auch der Eigentümer des Ga-

sag-Gebäudes einverstanden. Weder der Bezirk noch der Senat haben diese Idee jemals ernsthaft aufgegriffen. Nun entsteht an der Stelle des Gasag-Gebäudes ein weiteres Hotel.

Visualisierung aus der Verkaufsbroschüre des Liegenschaftsfonds 2010



Holzmarktstraße 19-30 (Bar25)

Stand: Festgesetzter B-Plan V-76, Eigentümer BSR, Zwischennutzer Bar25 bzw. brachliegend (ehem. Strandmarkt). Das Gelände gilt als durch Altlasten verseucht. Das Dekontaminierungsverfahren ist umstritten (Aushub bis auf 12 Meter Tiefe oder Ausschwemmung mittels Bohrungen), die jahrelangen Verkaufsbemühungen waren bislang erfolglos.



Gebäudeabmessungen laut festgesetztem Bebauungsplan V-76, Hochhausensemble auf dem Gelände der Bar25

Die Bar25 ist nicht nur eine weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannte Partylocation, sondern auch ein alternatives Wohnprojekt. Rund zwei Drittel des Geländes werden bewohnt. Diese südöstliche Hälfte des Bebauungsplans (Hochhaus statt Bar25) ist das letzte Spreeufer-Grundstück zwischen Schillingbrücke und Marx-Engels-Forum, auf dem noch Aufenthaltsqualität für die Öffentlichkeit realisiert werden könnte. Die Zwischennutzungen zeigen, dass ein solches Angebot von der Bevölkerung angenommen wird.

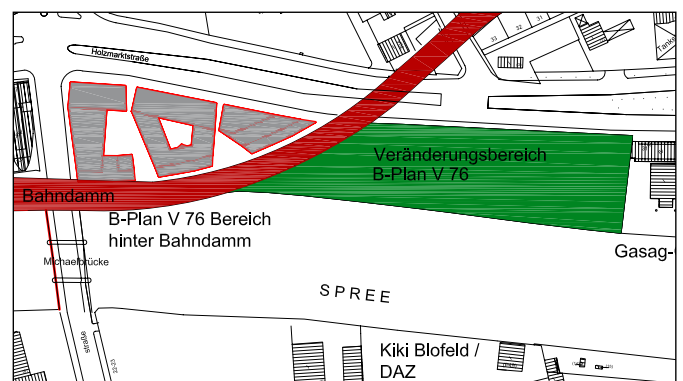
In unserem Antrag im Sonderausschuss haben wir vorgeschlagen, dass das zwischen Straße und Ufer nur 48 bis 60 Meter breite Grundstück eine Freifläche bleiben soll. Temporäre, eingeschossige Pavillons für kulturelle Aktivitäten und Freizeitwecke sollen das alternative Konzept ergänzen.

Als Kompromiss für den Verzicht auf Baufläche hatten wir vorgeschlagen, den nordwestlichen Teilbereich planungsrechtlich aus dem Bürgerentscheid he-

rauszunehmen, da es hinter dem Bahndamm nicht um Spreeufer geht. Das Grundstück mit seinem bestehenden Baurecht käme als Tauschoption für das genehmigte Projekt „Columbus-Haus“ auf dem YAAM-Gelände in Frage (siehe nächstes Kapitel).

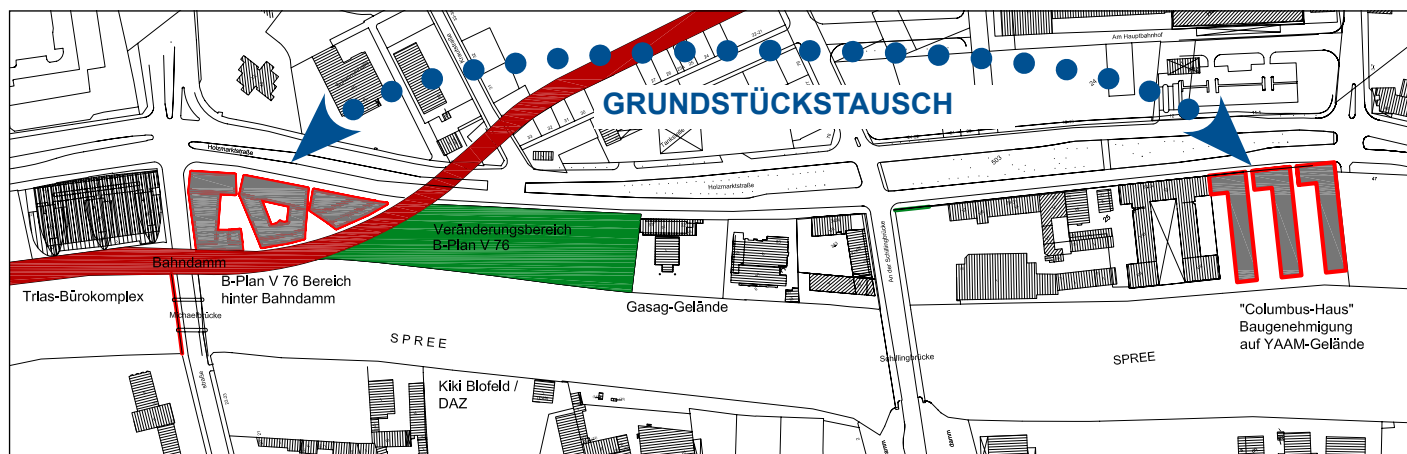
Nichts von all dem hat bisher Berücksichtigung gefunden. Der Umgang mit diesem Grundstück zeigt ebenfalls, wie sehr das Streben nach kurzfristigen, finanziellen Gewinnen die Planungen am Spreeufer beeinflusst. Die BSR als landeseigener Betrieb bemüht sich, unter dem Vorwand der Altlastenbeseitigung bessere Verkaufsbedingungen zu schaffen, ungeachtet des Bürgerwillens oder des nicht existierenden Bedarfs an Büroronutzungen. Dafür soll eines der subkulturellen Aushänge-

schilder, mit welchem der Senat andererseits im Ausland für Berlin wirbt, ersatzlos geopfert werden. Tatsächlich wäre aber, laut eines Gutachtens der Bar25, eine punktuelle Altlastenbeseitigung bei Weiterbetrieb möglich. In dieser Zeit könnte in einem transparenten, bürgernahen Verfahren eine öffentliche Nutzung diskutiert und entwickelt werden. Voraussetzung ist aber, dass Berlin zugunsten der eigenen kulturellen Landschaft und einer öffentlichen Nutzung an der Spree auf Verkaufserlöse verzichtet.



Stralauer Platz 35 (YAAM)

Stand: B-Planentwurf V-38, Baugenehmigung nach §34 BauGB, verlängert 2009, Eigentümer: Urnova (Spanien),
Geplant: Bürokomplex mit 31.000 m² Nutzfläche (Columbushaus), Zwischennutzer Young African Arts Market (YAAM)



Zeichnung: Initiativkreis Mediaspree Versenken!

Das YAAM ist der Pionier der Freiflächennutzung an der Spree und seit 1994 bereits fünf Mal wegen ehrgeiziger Büroplanungen umgezogen - nie ist dann etwas gebaut worden. Es ist offensichtlich, dass das YAAM an seinem idealen Standort in seiner Funktion als ufernahe Kultur- und Sportbegegnungsstätte nicht mehr wegzudenken ist. Stadträumlich wäre das Grundstück die sinnvolle Fortsetzung des Spreeparks von der Oberbaumbrücke bis zum Energieforum. Auf diesem Grundstück ging es uns deshalb nicht um die Reduzierung der geplanten Gebäudeabmessungen, sondern um generellen Bestandsschutz. Deshalb haben wir hier den Lösungsweg des Grundstückstausches vorgeschlagen. Als Tauschgrundstück käme der landeseigene nordwestliche Bereich des B-Plans V-76 (BSR) in Frage. Nach einem erfolgreichen Grundstückstausch zwischen Urnova und BSR wäre das Land Berlin Eigentümer des Grundstückes.

Das BSR-Grundstück hinter dem Bahndamm ist zwar mit rund 6.100 m² kleiner als das Grundstück der Urnova (knapp 8.900 m²), doch der B-Plan V-76 erlaubt für diesen Teilbereich eine größere bauliche Ausnutzung (36.000 m² gegenüber 31.000 m² auf dem YAAM-Grundstück).



Quelle: Mediaspree e.V.

Mit diesem Tausch könnte die Firma Urnova, neben zusätzlichen Flächen, auf politisch entspanntem Terrain bauen – die Spreeufer blieben von Maximalverwertung verschont. Das Land Berlin hätte ein für die öffentliche Nutzung kostbares Spreeufergrundstück gewonnen und dabei einen Flächengewinn erzielt. Auf unseren Antrag hin wurde das Bezirksamt aktiv und bekam vom Senat die erwartete Antwort, dass dieser keinem „defizitären Grundstückstausch“ zustimme. Die Vertragsverlängerung für das YAAM machte der Grundstückseigentümer Urnova von der Verlängerung der auslaufenden Baugenehmigung abhängig. In den folgenden Verhandlungen konnte ein Kompromiss erreicht werden: Das YAAM darf bis zu einem Baubeginn bestehen bleiben und

der Uferabstand des geplanten Gebäudes wurde um fünf auf ca. 15 Meter heraufgesetzt. Dennoch: Der Widerspruch zwischen maximalen Verwertungsinteressen eines internationalen Investors und lokalen Bürger- und Zwischennutzerinteressen wird so ins Unbestimmte hinausgezögert.

Der Zustand der abgewirtschafteten Immobilienbranche und der anhaltende politische Druck zur Rettung der Spreeufer macht einen absehbaren Baubeginn unwahrscheinlich. Gerüchte vermitteln den Eindruck, dass die Firma Urnova das Grundstück weiterverkaufen will.

Der Senat plant für das Areal „Stralauer Platz“ eine Aktualisierung des Leitbildes Spreeraum. Ob das YAAM dabei eine Rolle spielen wird, ist fraglich.



Mühlenstraße 60-63 (Oststrand)

Stand: B-Plan V-74, Baugenehmigung für ein Hochhaus (67 Meter), Bauvorbescheid für den 140 Meter langen Riegel. Zwischennutzer des Grundstücks: Oststrand u.a.



Der „East-Side-Tower“ wurde in den 1990er Jahren als Abschluss einer Gebäudekette am Ufer gedacht (heutige East-Side-Gallery). Er ist nach deren Abwicklung als einziges übrig geblieben. Niemand will heute noch dieses Ding, weder der Bezirk, noch der Bürgermeister. Nicht einmal der Architekt (nps Tschoban) ist begeistert von der Idee,

den Turm an dieser Stelle tatsächlich zu bauen. Nicht viel spricht dafür, dass die Eigentümer „city-bauten“ die Umsetzung dieses Projekts zeitnah in Erwägung ziehen. Ohne eine gewisse „Nachbarschaft“ und wohnungsnahe Infrastruktur ist das geplante Luxus-Wellness-Wohnen nicht vorstellbar.

Die nicht umgesetzte Baugenehmigung

ist ein wunderbarer Platzhalter für die Zwischennutzungen. Das kann noch lange so bleiben. Dennoch sollte das Projekt in die Diskussion über Grundstückstausch aufgenommen werden. Ein Antrag dazu wurde in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen. Der Bereich sollte ein Ort für kulturelle Nutzungen bleiben und nicht steril werden, wie der East-Side-Park.

Anschutz- und Postareal

Stand: Festgesetzte B-Pläne V-3, 2-4 VE und V-83, städtebauliche Verträge, Eigentümer: Anschutz Entertainment Group AEG (zentrales Grundstück 523.000 m² Geschossfläche), BSR (südöstlicher Teil 100.000 m² Geschossfläche), Postbahnhofsareal (137.700 m² Geschossfläche) Eigentümer: ein unbekanntes dänisches Ehepaar

Nur mit einem kleinen Gutachterverfahren (2002) an der Öffentlichkeit vorbei und mit übertriebenen Vorgaben für die bauliche Ausnutzung der Grundstücke wurde eine unglaubliche Planung aus dem Boden gestampft. Das ehemalige Bahngelände ging für einen geheim gehaltenen Preis in das Eigentum des texanischen Multimilliardärs Philip Anschutz (AEG) über. Einen kleineren Teil hält die BSR und nutzt diesen als Betriebsgelände. Die Post hat ihr Areal am Ostbahnhof vor dem Bürgerentscheid an ein dänisches Ehepaar verkauft, die Parzellen sind mit dauerhaften Zäunen für einen längeren Stillstand gesichert.

Dem Auftritt der Anschutz-Gesandten (Europa-Chef Detlef Kornett und Projektleiter Michael Kötter) im Sonderausschuss am 4. Dezember 2008 war die Drohung vorausgegangen, eine Umsetzung unseres Vorschlags (siehe nächste Seite) würde das Land 50 Millionen Euro kosten. Hintergrund ist ein städtebaulicher Vertrag, der dem Eigentümer bis 31.12.2020 volle Garantie auf das Baurecht sichert. Das Projekt ist ein Musterbeispiel für eine fehlgeschlagene Stadtplanung neoliberalen Charakters. Das ehemalige Bahngelände hätte auch anders entwickelt werden kön-

nen. Heute haben wir hier nichts als Parkplätze, überall Werbeschilder, die die Anwohner belästigen und dem Monstrum „O2-World“ droht mangels Auslastung die Pleite. Die Anschutzvertreter kündigten an, nur an die exklusivsten Nutzer zu verkaufen. Es ist von einem

Kongresszentrum mit Hotelhochhaus die Rede. Unser Prüfantrag im Sonderausschuss zur Beseitigung der Hochhäuser im B-Plan fand in der BVV wenig Unterstützung. Man hatte Angst vor einer Verschlechterung des Verhältnisses zum Eigentümer.

Werbeanlagen in dieser Größe und Lage sind laut Bauordnung nicht genehmigungsfähig, waren aber Teil des B-Plans. Unser Antrag zur Demontage der Werbeanlagen führte immerhin dazu, dass die AEG gezwungen wurde, die Leuchtkraft der Schilder auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß zu reduzieren.



In diesem Fall wird ein großes Problem städtebaulicher Verträge deutlich: Neben dem weitgehenden Ausschluss der Öffentlichkeit ist bis heute nicht bekannt, wie viel AEG für den Erwerb des gigantischen Grundstücks zahlen musste und welche (Nicht-)Auflagen in den Vertrag mit eingeflossen sind. Für Interessierte ist er kostenpflichtig einsehbar, die wesentlichen Stellen, gut ein Drittel, sind jedoch geschwärzt.

Bei zukünftigen städtebaulichen Verträgen müssen neben einer größeren öffentlichen Beteiligung auch mehr Weitsicht die Planungen bestimmen.



Planung rund um die O2-World

Das Land Berlin hat das Areal bereits erschlossen (Straßen, Leitungssysteme). Von daher ergab unsere Ideenwerkstatt vom 06.05.08 ein Votum für eine Verbesserung der baulichen Struktur durch sinnvolle Reduzierung: Verzicht auf die Hochhäuser und das



Ideenwerkstatt vom 06.05.08

„Entertainment-Center“ (rote Flächen). Es entstand eine adäquate Platzabfolge rund um die O2-World und Sportflächen im Nordwesten. Vorgeschlagen wurde eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe, die kleinteilig ist und allen Bevölkerungsgruppen offen steht. Ziel ist es, die

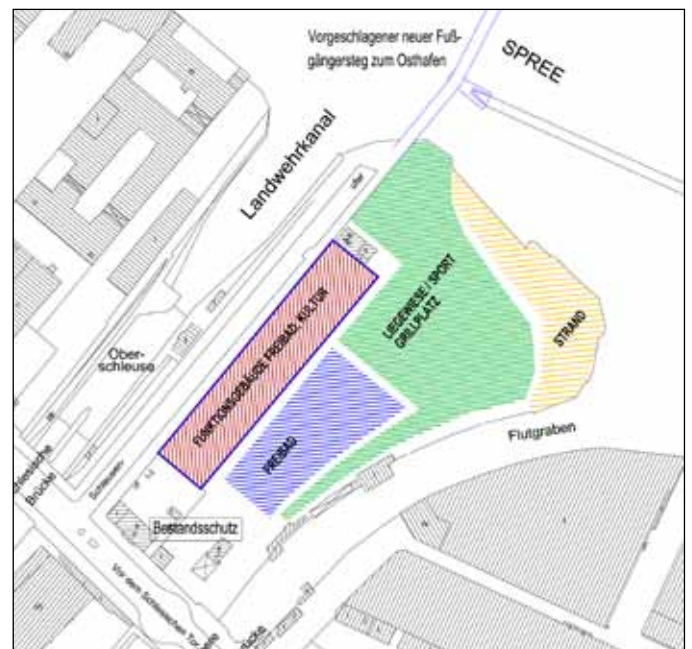
Bildung eines wirklich lebendigen Quartiers zu ermöglichen. Vor allem auf dem Bereich der BSR sollte sozialer, bzw. bezahlbarer Wohnungsbau entstehen. Um den absehbaren gravierenden Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, sehen wir hier dringenden Diskussionsbedarf.

Nördliche Lohmühleninsel

Stand: Bau- und Planungsrecht von 1958: Baunutzungsplan in Verbindung mit der Berliner Bauordnung (1958/60), gewerbliche Nutzung unterschiedlicher Eigentümer, Betonwerk als größter Nutzer

Der Bezirk sieht keine Möglichkeit, den gewerblichen Nutzern geeignete Ersatzflächen anzubieten. Die gewerblichen Nutzer haben kein Interesse an einer Verlagerung. Rund um das Kraftwerk Klingenberg entstehen jedoch neue Gewerbeflächen, die sich als neuer Standort anbieten würden. Als ersten Schritt zur Entwicklung als Grün- und Kulturlfläche will das Bezirksamt eine Änderung des Flächennutzungsplans anregen. Auf der südlichen Lohmühleninsel werden unterdessen die Frei- und Grünflächen im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ erneuert.

Am 20.05.2008 gab es hierzu eine Ideenwerkstatt: Grundvoraussetzung für die Entwicklung ist die Verlagerung des Gewerbes an geeignete Stelle, z.B. Kraftwerk Klingenberg, sowie die öffentliche Nutzung als Grün- und Kulturlfläche (kein Wohnen wegen Störwirkung). Der Brückenschlag zum Osthafen (Hafenteg für Fußgänger/Radfahrer) sollte beide Bezirke verbinden. Ein Freibad soll in die Freiflächennutzung eingefügt werden. Kostspflichtig sollen nur die Beckenbereiche sein, die Liegewiese und der Strand bleiben öffentlich. An der Schleusenstraße werden Funktionsgebäude für Sport, Kultur, Gastronomie und Freibad vorgeschlagen.



Vorschlag zur Nutzungsverteilung nördliche Lohmühleninsel

Cuvrystraße/Schlesische Straße



Die Zuständigkeit liegt bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, nachdem das Bezirksamt die bestehende Baugenehmigung nach jahrelanger Untätigkeit zurücknehmen wollte. Der Senat sieht heute keine Notwendigkeit zur Planungsänderung. Auf dem Grundstück, von welchem das YAAM einst weichen musste, wird Stillstand zelebriert und alternative Planungen blockiert. Der Eigentümer lässt keine Bauabsichten erkennen. Nachbarschaftliche Aneignungen finden zwar statt (das Grundstück wird inoffiziell als öffentliche Grünfläche genutzt), mittelfristige Zwischennutzungen werden vom Eigentümer jedoch verweigert.

Unsere Ideenwerkstatt am 20.05.2008 ergab folgenden Vorschlag: Die Verbauung entlang der Cuvrystraße und des Spreeufers entfällt, statt dessen experimentelle Brandwandbebauung, Bereitstellung einer Rohbaustruktur (Wohnregal), die individuell und temporär ausgebaut und genutzt wird, Nachbarschaftsgärten ergänzen das alternative Konzept, an der Spree entsteht eine öffentliche Grünfläche mit Open-Air-Kino, Pavillons bieten öffentliche Nutzungen.



Vorschlag Nutzungsverteilung Cuvry/Schlesische Straße

Kreuzberger Spreeufer an der Köpenicker Straße

Stand: Ex-Dämmisil: B-Plan VI-77 von 1966 (industriell-gewerbliche Nutzung), Aufstellungsbeschluss für B-Plan 2-17 im Juli 2007 für den Großinvestor Bellymoore, der sich wegen des Bürgerentscheids zurückzog, erneuter Aufstellungsbeschluss am 01.09.2009, im Besitz der Behala (Land Berlin), die Firma Dämmisil zog 2008 nach Friedrichshain um. Die Gelände Exil, Heeresbäckerei, Zapf und Supermarkt: Bau- und Planungsrecht von 1958, alle in Privatbesitz befindlich.



Abbildung mit 50-Meter-Zonierung des Bürgerentscheids zwischen Schillingbrücke und Netto-Markt (Köpenicker Straße 16-29).

Entgegen der Behauptungen, Mediaspree wäre längst abgeschlossen und der Bürgerentscheid käme zu spät, ist das Ufer in Kreuzberg planungsrechtlich quasi jungfräulich. Die Planungen sind veraltet, somit ist hier eine tatsächliche, weitreichende Neuentwicklung im Sinne des Bürgerentscheids möglich. Entsprechend sollten hier Leitlinien einer neuen Planungskultur sowie die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung erarbeitet werden, um eine wirklich partizipative Entwicklung „von unten“ zu ermöglichen.

Mit unserem modellhaften Verfahren (siehe nächste Seite) stießen wir auf nur begrenzte Gegenliebe. Unser Vorschlag wurde über Monate hinweg vor allem als „zu aufwändig“ und „zu teuer“ angesehen. Die Grünen befürworteten sogar den Komplettverkauf des landeseigenen

Behala-Grundstücks um eine „Schubladenplanung“ zu vermeiden. Dem konnten wir unsere Vorstellungen von kleinteiliger Entwicklung und Parzellierung entgegensetzen.

Unser alternativer Verfahrensvorschlag wurde durch den neu gefassten Aufstellungsbeschluss (Behala-Dämmisil) unterlaufen. Immerhin wurde dabei der Behala mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid im Rücken ohne Entschädigungsforderungen (statt 10 Meter) ein 20 Meter breiter öffentlicher Uferstreifen sowie 10 anschließende, ebenfalls unbebaubare (aber private) Meter abgehandelt, was zusammen 30 Meter unbebaute Uferfläche macht. Dazu kommt ein weiterer Platzbereich.

Entsprechend dieses Modells wurden vom Bezirksamt neue „Leitlinien für das Kreuzberger Spreeufer“ verkündet. Das

geschah weitgehend am Sonderausschuss vorbei und ohne Bürgerbeteiligung. Die nachträgliche Bürgerversammlung ohne formales Einwendungsrecht und Möglichkeiten der Einflussnahme ist keine erfolgreiche Bürgerbeteiligung.

Eine schließlich noch eingesetzte Arbeitsgruppe zur „Operationalisierung“ unseres Antrages war in vielen Teilen obsolet geworden und bereits bei ihrem zweiten Treffen mangels Anwesenheit der Parteivertreter arbeitsunfähig.

Jetzt steht die „Qualifizierung“ der Planungen im Sinne des Bürgerentscheids an. Dies muss über ein modellhaftes Verfahren geschehen. Dabei stehen neben der Gestaltung soziale Fragen im Vordergrund: wer baut was und für wen? Ein Prozess, an dem wir uns beteiligen werden und Interessierte zur Mitwirkung einladen.

Unser Antrag zum Änderungsverfahren Bebauungsplan VI-77 (Ex-Dämmisol) in den Sonderausschuss Spreeraum

Das Bezirksamt wird beauftragt, ein Änderungsverfahren zum Bebauungsplan VI-77 (Behala Köpenicker Straße 15-29, Ex-Dämmisol) auf Grundlage des Bürgerentscheids „Spreeufer für alle!“ einzuleiten. Dabei soll ein modellhaftes Bürgerbeteiligungsverfahren Anwendung finden, an dem die Stadtteilvertretungen sowie der Initiativkreis zu beteiligen sind. Das Ziel ist ein qualifizierter Bebauungsplan. Das Verfahren und Ergebnis sollte vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids eine hohe Qualität besitzen und der Relevanz des Spreeuferabschnitts entsprechen. Dazu schlägt der Initiativkreis folgenden Verfahrensablauf vor:

1. Aktivierende Bürgerbefragung zu Nutzungswünschen
2. Auftaktveranstaltung der Initiative, Stadtteilvertretungen und Sonderausschuss zur Verfahrensart und Nutzungsvorstellungen
3. Experten-Hearing zum Leitbild Spreeraum und der konkreten Grundstücksentwicklung
4. Bürgerbeteiligung: z.B. Planning for Real, Charette, Open Space, Planspiel zu den planerischen Grundlagen des Ideenwettbewerbs
5. Kooperativer Ideenwettbewerb: Der städtebauliche Ideenwettbewerb sollte keine Zulassungsbeschränkungen haben und nach einer Ausstellungsperiode sowohl durch eine Bürgerjury als auch durch eine Fachjury entschieden werden. Die Entwurfsverfasser sollten sich einverstanden erklären, dass ggf. Elemente ihrer Arbeit in andere Strukturen übertragen werden können. Das Wettbewerbsverfahren müsste als Bürgerbeteiligung definiert sein, um den Freiraum für neue Verfahrensarten zu ermöglichen. Auf eine Anonymisierung der Beiträge könnte verzichtet werden, sodass sich die UrheberInnen aktiv an der Diskussion beteiligen können. Die Hinzuziehung der östlichen Ufergrundstücke in das Planungsgebiet sollte erwogen werden.
6. Überarbeitungsphase: Nach einer Überarbeitungsphase erwarten wir als Ergebnis eine solide und breit akzeptierte Grundlage für die Änderung des bestehenden Bebauungsplans. Die Grundstücksvergabe soll erst nach Festsetzung des Bebauungsplans beginnen.

Die Brommybrücke

In Sachen Brommybrücke war der Bürgerentscheid erfolgreich. Seit Februar 2010 ist die Ausweisung der Spreeüberquerung in Verlängerung der Brommystraße als Steg für Fußgänger/Radfahrer im Bereichsentwicklungsplan (BEP) des Bezirks beschlossen.



Vorausgegangen war die ursprüngliche Planung einer Straßenbrücke von Kreuzberg in die Boomtown Mediaspree inklusive Hochhaus am Brückenkopf auf der Friedrichshainer Seite. Nur das Hochhaus ist aus den alten Plänen geblieben (siehe Seite 11).

Durch Proteste wurde diese Planung zunehmend in Frage gestellt und durch den Bürgerentscheid konnte die Entscheidung zum Steg erzielt werden. Auch der faule Kompromiss, eine Straßenbrücke zwar, aber nur für den Busverkehr zu bauen, fiel nicht nur im Bürgerentscheid durch (Wahlvariante B des Bezirks), sondern später auch in den Ausschüssen und in der BVV.

Die Autofraktion lässt nicht locker und es wird an einem weiteren Brückenschlag getüftelt, der Manteuffelbrücke. Diese soll dann endlich straßentauglich sein und zunächst Bus und Straßenbahn dienen. Alternativ dazu schlugen wir den Hafenstein, der eine erhebliche Lücke zwischen

der Oberbaum- und Eisenbrücke schließen würde (siehe Seite 7). Hier könnte der Bürgerentscheid vielleicht in einigen Jahren wieder eine Rolle spielen.

Fazit zur Arbeit im Sonderausschuss

Der Sonderausschuss Spreeraum war ein sinnvolles Instrument zur Klärung der Rahmenbedingungen und hätte zur Umsetzung weitreichender Änderungen führen können. Die Arbeit war sehr aufschlussreich, anfangs von einer kollegialen Atmosphäre geprägt und führte zu ersten Veränderungen der Spreeuferplanungen. Das Bezirksamt hat gegenüber dem Senat aber zu wenig riskiert. Mehr als einmal wäre es sinnvoll gewesen, nicht zu kneifen, sondern mit bürgerfreundlichen Entscheidungen dem Senat die unpopulären Schritte zu überlassen - wenn er sich getraut hätte.

Unsere eingebrachten Vorschläge waren vor allem als Instrumente gedacht, um Druck auf den Senat auszuüben und ihm vor Augen zu führen, dass eine Diskussion um die Qualitäten anderer Ideen stattfinden muss.

Die von den Grünen propagierten Erfolge des Sonderausschusses stehen bestenfalls im Einklang mit der Bezirkswahlvariante B. Der Bürgerentscheid hatte sich jedoch eindeutig für eine Umsetzung unserer Variante A (50m Uferabstand, 22m Traufhöhe, keine Autobrücke) ausgesprochen. Eine wirkliche Überarbeitung des alten Leitbildes im Sinne des Bürgerentscheids hat nicht stattgefunden. Das Ergebnis, Mediaspree „light“, kann deshalb nicht das Ende der Diskussion sein.

Erfolgreiche Zusammenarbeit?

Leider scheint es, dass Bürgerpartizipation über ein bloßes „darüber reden“ nicht hinausgehen darf. Die Entscheidungen über Inhalte werden davon kaum berührt. In den letzten Monaten des Sonderausschusses wurden immer mehr Entscheidungen einseitig getroffen. Zudem wurden die Grundlagen für eine vertrauensvolle weitere Zusammenarbeit zunehmend durch Vorenthaltung von Informationen sowie eigenmächtigem Vorgehen des Bürgermeisters erschüttert. Parteiengezänk und Profilierungsdrang, d.h. der Versuch, die spärlichen Veränderungen und Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen, taten ihr übriges. Eine vertrauensvolle und ernst gemeinte Zusammenarbeit sieht anders aus.

Wo es keine Verhandlungsmasse mehr gab, wurde unsere Teilnahme zum Feigenblatt. Das Bezirksamt hat mit dem plötzlichen Erlass der unveränderlichen Beschlüsse den Sonderausschuss beendet. Durch unseren Austritt am 02.12.2009 konnten wir die mageren Ergebnisse als Besiegelung des Bürgerentscheids ein Stück weit delegitimieren.

Trotzdem haben wir nicht erfolglos agiert!

- Der Mediaspree e.V. ist versenkt und aufgelöst.
- Für viele Grundstücke haben wir im Sonderausschuss Spreeraum kleine Planungsänderungen auf den Weg gebracht.
- Die Lichtemissionswerte der Werbetafeln der O2-Halle mussten an bestehendes Recht angepasst werden.
- Der Verkauf landeseigener Grund-

stücke an der Spree konnte in der Zeit der Ausschussverhandlungen nicht realisiert werden.

- Die Senatsverwaltung überarbeitet das „Planwerk Innenstadt“; allerdings nur ein Vertiefungsgebiet am Stralauer Platz.
- Berlin wird international stärker am Umgang mit dem Spreeraum/Bürgerentscheid gemessen und kann nicht unbeobachtet und uneingeschränkt Missmanagement betreiben.
- Allgemein konnte die Bevölkerung vielfältig über die politischen Hintergründe aufgeklärt sowie an den Prozessen beteiligt werden.

Immer wieder Schadensersatz

Es ist unverständlich, dass von Seiten der Politiker so getan wird, als ob die Forderungen des Bürgerentscheids utopisch wären. Utopisch sind die Berechnungen der Schadensersatzforderungen von 165 Millionen Euro, die noch immer als Argument für den Stillstand an den Spreeuferentwicklungen herangezogen werden. Wie in dieser Broschüre deutlich geworden sein dürfte, lag der Fokus der Arbeit im Sonderausschuss vor allem auf Grundstücken, die sich in der Hand des Landes Berlins befinden, seien es Behala, Lifo oder BSR. Zusammen machen sie rund 89.000 m² der Gesamtfläche aus (gegenüber 74.000 m² privater Uferflächen). Diese in die Summe der zu erwartenden Entschädigungszahlungen einzubeziehen sowie Grundstücke, die schon längst bebaut sind, war und ist eine große Irreführung der Öffentlichkeit.

Falscher Ansprechpartner?

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) unter Senatorin Junge-Reyer darf dem Bezirk die Planungszuständigkeit für ein Grundstück entziehen, falls die dort geplante Entwicklung „gesamtstädtischen Interessen“ zuwider laufe. Dies bedeutet de facto eine Entmachtung des Bezirks. Frau Junge-Reyer hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie bereit ist, diesen Schritt zu gehen, sollten Entscheidungen des Bezirks den Ruf Berlins als „verlässlichen Partner“ von Investoren beschädigen. Den Investoren solle kein finanzieller Schaden entstehen. Als selbstverständlich aber gilt, dass z.B. die vielen Mieter mit niedrigem Einkommen finanzielle Nachteile selbst tragen müssen.

Im Endeffekt ist diese permanente Drohkulisse bestens geeignet, jede Form von alternativer Planung zu verhindern. Da der Bezirk auf Grund der Entzugsdro-

hung vor einer Änderung der bestehenden Planungen zurückschreckt, ist es für SenStadt nicht notwendig, offen als der letztendlich Entscheidende in Erscheinung zu treten. Man kann stattdessen bequem auf die Planungsverantwortung des Bezirks verweisen und wäscht sich die Hände in Unschuld.

Stadtentwicklung mit dem Taschenrechner

Es besteht die Weisung von Seiten des Senats, landeseigene Grundstücke meistbietend zu verkaufen. Die Verwertung der Spreeufer allein nach ökonomischen Kriterien ist ein Armutszeugnis für die Berliner Stadtentwicklung und wird dem öffentlichen Interesse in keinsten Weise gerecht. Ein Beispiel ist der Liegenschaftsfonds, der eigentlich eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung unterstützen sollte, in der Praxis jedoch vorwiegend an den Meistbietenden verkauft - Fehlentwicklungen sind vorprogrammiert.

Eine weitere Privatisierung macht die geforderten Planungsänderungen an der Spree unmöglich. Dabei werden sogar die landeseigenen Betriebe (Behala, BSR) von Seiten des Senats und Bezirks gerne als „privatisiert“ eingestuft. Diese hingegen verweisen auf die Anordnung des Senats zur Grundstücksverwertung. Am Ende will niemand verantwortlich oder fähig sein, diese Verkaufsanordnung ändern zu können. Die Bevölkerung wird müde taktiert.

Anstatt auf lokale, mit Erfolg gewachsene Strukturen zu setzen und eine bürgerorientierte Entwicklung voranzutreiben, die dem Charakter und den Stärken des Gebiets entspricht, wird an den alten, fehlgeschlagenen Leitlinien festgehalten.

Stolperstein A100

Die Verlängerung der A100 von Neukölln über Treptow bis hinauf zur Frankfurter Allee (16. und 17. Bauabschnitt) ist ein zentraler Bestandteil der Mediaspreeplanung. Geplanter Baubeginn: 2011. Der Spreeraum soll an die Autobahn und so auch an den neuen Großflughafen angeschlossen werden.

Der Zubringeranschluss unter der Warschauer Brücke existiert bereits. A100 verhindern heißt also auch Mediaspree versenken!



Wie weiter?

Auch wenn die Verhandlungen erst einmal beendet sind, ist eine Umsetzung des Bürgerentscheids „Spreeufer für alle!“ nach wie vor unser Ziel. Wir werden uns in die weiteren Planungen für die Kreuzberger Ufer einmischen, öffentliche Planauslagen erzwingen, informieren und gegen den Eindruck angehen, dass das Thema erledigt sei. Ziel ist es, den Verkauf öffentlicher Grundstücke zu stoppen und ein neues Leitbild für den Spreeraum durchzusetzen. Die Möglichkeiten sind vielfältig und das Engagement vieler ist gefragt.

Auch in diesem Jahr gibt es wieder Großveranstaltungen, die u.a. die Spreeufer im Fokus haben:

- **5. Juni „Auf zu neuen Ufern“**
Aktionstag entlang der Spree des Aktionsbündnisses „Mediaspree entern!“
- **10. Juli „Rette deine Stadt!“**
Demo-Parade zum Jahrestag des Bürgerentscheids (Megaspree-Bündnis)

Es geht um die Verhinderung eines Großprojektes, das nicht nur die Spreeufer sterilisieren und betonieren würde, sondern auch die sozialen Strukturen in den Kiezen durch eine weitere Hochpreisentwicklung zu zerstören droht.

Es gibt Alternativen zu Mediaspree. Die Stadt gehört uns allen!

INITIATIVKREIS MEDIASPREE VERSENKEN! AG SPREEUFER
www.ms-versenken.org - mediaspreeversenken@gmx.net

Offene Treffen jeden Montag, New Yorck im Bethanien, 20 Uhr
Spendenkonto: Rechtsanwalt Fadi El-Ghazi - Kontonr.: 1003 1340 93
BLZ: 120 300 00 Stichwort: „Spreeufer für alle“ Deutsche Kredit Bank
Diese Broschüre wurde unterstützt von:

V.i.S.d.P.: H. Schneider, 10119 Berlin



